

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD LAND BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

Stabwechsel im Amt des Landesvorsitzes: Der Landesparteitag wählte am 12. Juni 2021 Reinhold Wetjen zum neuen Landesvorsitzenden. Und Sascha wurde am 7. Juli 2021 von der Bürgerschaft zur neuen Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen gewählt.

## ZUSAMMEN FÜR UNSERE ZIELE UND DIE SPD!

Von Reinhold Wetjen, Vorsitzender SPD LAND BREMEN

Die Worte von Willy Brandt, Politik müsse immer auf der Höhe der Zeit stattfinden, verlangen von uns ständige Erneuerung. Ich habe mir deshalb vorgenommen, dass wir die Mitarbeit in der SPD noch attraktiver für alle gestalten! Wir brauchen zeitgemäße Beteiligungsformate, die es insbesondere neuen Mitgliedern, jungen Menschen und Frauen leicht machen, sich bei uns zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Denn eins ist klar: Es gibt viel zu tun!

Das gewaltige Umbauvorhaben, vor dem wir beim Klimaschutz stehen, bekommen wir nur zusammen hin und wenn wir das Ganze solidarisch gestalten. Viele fürchten den Abbau der Industrie und damit um ihre Jobs. Das sind Sorgen, die wir ernst nehmen, aber denen wir auch klar etwas entgegensetzen müssen: Es geht um einen unumgänglichen klimagerechten Umbau der Industrie, es geht um gute Arbeitsplätze für die Zukunft. Dabei ist die Ausgangsposition im Land Bremen mit einer überdurchschnitt-

lich guten industriellen Basis hervorragend. Wir verfügen über viele attraktive mittelständische Unternehmen und eine exzellente Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die an den großen Zukunftsthemen dran ist. Mit einer noch besseren Vernetzung von Forschung und Wirtschaft schaffen wir den Umbau. Wir haben viele Menschen, die über kreatives Potenzial verfügen und mutig Neues ausprobieren. Diese Menschen müssen wir stärker fördern!

Chancengerechtigkeit ist der Kitt für eine solidarische, aktive Gesellschaft. Das heißt vor allem gute Bildung – angefangen in der Kita, über die Schule, die Ausbildung, das Studium und die Weiterbildung im Beruf. Bildung ist eine Mega-Herausforderung, aber Bildung ist auch eine Mega-Ressource für uns!

Die SPD im Land Bremen ist die Partei, die unsere beiden Städte am besten kennt! Damit das so bleibt, müssen wir in den Stadtteilen präsent sein und uns einem Auseinanderentwickeln der Stadtteile entgegenstellen. Die soziale Infrastruk-

tur wie Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen, Gesundheit, altersgerechtes Wohnen in den Stadtteilen müssen auch in Zukunft Schwerpunkte unserer Politik sein.

Wir brauchen einen starken Staat und eine aktive Investitionspolitik! Dem steht die Schuldenbremse entgegen. Sie wirkt als Zukunftsbremse. Ich denke nicht, dass Schulden die größte Belastung für die zukünftigen Generationen sind. Das Problem sind unterlassene Leistungen: für Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung, Mobilität und sichere Städte.

Bei der Bundestagswahl im Herbst muss unsere Partei verdammt viel stärker als jetzt werden. Wir wollen beide Wahlkreise wieder direkt gewinnen, damit wir mit Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt zwei starke Stimmen für Bremen und Bremerhaven in Berlin haben. Politik für die Menschen in Bremen und Bremerhaven gestalten – darauf freue ich mich! Ich setze darauf, dass ihr alle so motiviert seid wie ich und freue mich auf die gemeinsame Arbeit in und für unsere SPD. ■

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation  
Bremen  
Violenstraße 43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
info-bremen@spd.de

**Redaktion:**  
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)  
Namentlich gezeichnete  
Beiträge werden von  
den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen,  
Marieke Meinhart  
(V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29,  
28195 Bremen

# LEBEN DER MENSCHEN BESSER GEMACHT

Wir haben viel erreicht, aber noch viel vor – mit einer starken SPD in der nächsten Bundesregierung

Von Sarah Ryglewski, Parl. Staatssekretärin, Bundestagskandidatin Wahlkreis 54 und Platz 1 auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2021



FOTO: FIONN GROSSE

**W**ährend sich andere Parteien gedrückt hatten, hat die SPD 2018 erneut Verantwortung im Bund übernommen. Diese Entscheidung war richtig, denn es ist in erster Linie der Verdienst der SPD, dass in den vergangenen dreieinhalb Jahren das Leben vieler Menschen besser gemacht werden konnte.

Dass ein Großteil des politischen Handelns in der aktuellen Legislaturperiode durch die Corona-Pandemie geprägt sein würde, konnte damals noch niemand vorhersehen. Es sind aber vor allem die Initiativen der SPD-Minister\*innen, wie der erleich-

terte Zugang zu Kurzarbeit, die Hilfen für Familien, das erweiterte Kinderkrankengeld oder die Unterstützungsprogramme für Träger und Vereine, die helfen, dass nicht nur Unternehmen gut durch die Krise kommen, sondern auch die Menschen.

Abseits von Corona ist insbesondere die Einführung der Grundrente hervorzuheben. Rund 1,3 Millionen Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt, aber nur wenig verdient haben, bekommen ab sofort mehr Geld. Wichtig war immer für uns: Niemand muss einen Antrag stellen, niemand muss als Bittsteller zum Amt. Denn die Grundrente ist keine Almosen, sondern eine Anerkennung von Lebensleistung. Ein echter sozialpolitischer Meilenstein, den die SPD erkämpft hat.

Verbraucherschutz ist eines der Themen, für die ich mich schon lange einsetze. Bevor ich Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium wurde, habe ich mich in meiner Funktion als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Verbraucherrechte stark gemacht – mit Erfolg. Wir haben in dieser Legislaturperiode effektive Mittel bereitgestellt, die Verbraucher\*innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte helfen. Zum Beispiel mit der Musterfeststellungsklage, mit der sich jede\*r einfach und kostengünstig einem Musterverfahren anschließen kann und so die Voraussetzungen der eigenen Ansprüche durch Ver-

braucherverbände feststellen lassen können. Wie effektiv das Instrument ist, zeigt der erfolgreiche Einsatz im Zuge des VW-Dieselskandals. Auch haben wir dafür gesorgt, dass Verbraucher\*innen künftig einfacher und ohne Zeitdruck ihre Fitnessstudio- oder Handyverträge kündigen und zu besseren Angeboten wechseln können. Heißt: Nach anfänglicher Vertragslaufzeit, die wir auf maximal zwei Jahre begrenzen, können Abos künftig monatlich und online mit einem einfachen Klick gekündigt werden. Automatische Verlängerungen und Abo-Fallen gehören damit der Geschichte an. Mein Engagement für mehr Verbraucherschutz habe ich auch in meiner Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin fortgeführt. Besonders freue ich mich darüber, dass wir ein Gesetz verabschieden konnten, das Kleinanleger\*innen künftig besser schützt, indem die Kompetenzen der Finanzaufsicht bei der Überwachung von Finanzprodukten und beim Vertrieb von Vermögensanlagen erweitert werden und besonders riskante Formen von Anlageobjekten ganz verboten werden.

Wir haben in den letzten dreieinhalb Jahren viel erreicht. Es gibt aber noch viel zu tun. Wir setzen uns weiter ein für eine lebenswerte Zukunft, eine Gesellschaft des Respekts und ein souveränes Europa in der Welt. Dafür braucht es eine starke SPD in der nächsten Bundesregierung. ■

## „DAVON PROFITIERT AUCH BREMEN“

Sarah Ryglewski über ihre Arbeit als Parl. Finanzstaatssekretärin und worauf sie besonders stolz ist

**Seit September 2019 bist du Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium – was muss man sich unter dieser Tätigkeit vorstellen?**

**Sarah Ryglewski:** Ich unterstütze Bundesfinanzminister Olaf Scholz bei der Erfüllung seiner Regierungsaufgaben auf den Gebieten Steuerpolitik und Finanzmarkt und verrete ihn bei offiziellen Anlässen sowie auf der Regierungsbank im Plenum. Wichtigster Bestandteil meiner Arbeit ist aber der Kontakt zwischen den Abgeordneten, insbesondere des Finanzausschusses. Ich bin die Schnittstelle zwischen Parlament und Regierung.

**Wenn du die letzten zwei Jahre einmal Revue passieren lässt – auf welche finanzpolitischen Errungenschaften bist du besonders stolz?**

**Sarah Ryglewski:** Da gibt es viele. Zum Beispiel die umfangreichen Finanzhilfen, die im Zuge der Corona-Krise bereitgestellt wurden und dafür sorgen, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise kommt. Aber auch die kürzlich von Olaf Scholz durchgesetzte globale Mindeststeuer für große Unternehmen, die ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Steuerdumping ist. Und die Reform

der Grundsteuer, die die finanzielle Grundlage der Kommunen gesichert und sie insgesamt gerechter gemacht hat. Auch ist es uns gelungen, den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler\*innen abzuschaffen.



FOTO: FIONN GROSSE

**Wovon konnte auch Bremen profitieren?**

**Sarah Ryglewski:** Neben den allgemeinen Corona-Finanzhilfen, an deren Ausarbeitung ich in engem Kontakt mit vielen Unternehmen gerade auch aus

Bremen mitgewirkt habe, wurden zusätzliche Hilfen geschaffen, die für die von der Corona-Krise betroffenen Flughäfen und den ÖPNV bereitgestellt wurden. Davon konnten auch der Airport Bremen und die BSAG profitieren. Außerdem hat der Bund mit der Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuer-Ausfälle sowie der Übernahme des größten Teils der Unterkunftskosten für Grundsicherungsempfänger für eine spürbare Entlastung der Kommunen gesorgt. Davon profitiert auch Bremen.

**Was hätte man besser machen können bzw. was hättest du gern noch durchgesetzt?**

**Sarah Ryglewski:** Wir wollen Städte und Gemeinden von ihren Altschulden befreien, damit sie handlungsfähig bleiben und nachhaltig gute Lebensbedingungen vor Ort schaffen und Zukunftsinvestitionen tätigen können. Zudem wollen wir härtere Regeln beim Gesetz zu Share Deals, mittels derer Immobilienkonzerne beim Kauf von Grundstücken und Immobilien seit Jahren die fällige Grunderwerbsteuer umgehen. Das setzen wir dann in der nächsten Legislaturperiode um. ■

# ZUERST DAS LAND, DANN DIE PARTEI – DIE SOZIALDEMOKRATIE HAT GELIEFERT

**D**ie Situation nach der letzten Bundestagswahl war klar: Die SPD hatte die Wahl verloren, unser Weg führte in die Opposition. Die Menschen wollten keine Neuauflage der Großen Koalition, doch es kam anders. Nach Wochen der Jamaika-Verhandlungen wurde deutlich, ohne

die SPD gab es keine funktionierende Machtoption im Bund und statt Jamaika, sollte die Große Koalition abermals die Geschicke unseres Landes führen. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben gewusst, dass es um die Zukunft unserer Partei ging und entsprechend ehr-

lich waren unsere Diskussionen, ob wir erneut den Schritt in die Große Koalition gehen sollten.

Heute wissen wir, es war richtig und wichtig, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten abermals Verantwortung für unser Land übernommen haben. Egal ob Fraktion oder Bundesregierung – es war und es ist die SPD, welche Vorhaben umsetzt, die Richtung vorgibt, klare Kante bekennt und sich aufs Regieren konzentriert, anstatt auf Aktienpakete, Maskendeals und Lobbygeflüster.

In Coronazeiten waren wir es, die sich nicht vom schädlichen Wettkampf mancher Landesfürsten haben treiben lassen und Kurs gehalten haben. Unsere Ministerinnen und Minister haben angepackt und geliefert, während einige Unionsminister die Performance der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag als Maßstab nahmen und entsprechend mager ablieferten.

Die Sozialdemokratie wurde und wird in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte noch nie so sehr gebraucht wie heute – davon bin ich überzeugt und deswegen arbeiten wir bis zum 26. September weiter daran, das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern und wir werden nach dem 26. September mit Bundeskanzler Olaf Scholz daran anknüpfen und Deutschland ohne die Union sozial, umweltfreundlich und innovativ in ein neues Jahrzehnt führen. ■



FOTO: AGENTUR OSTKREUZ/MAURICE WEISS

## DIE EINE SACHE, DIE GENANNT WERDEN MUSS

Ein Denkort mit bundespolitischer Bedeutung

**I**m Laufe meiner ersten vier Jahre im Deutschen Bundestag, habe ich unzählige neue Menschen kennenlernen dürfen. Ich hatte die Chance, mir bisher unbekannte Vereine, Bündnisse, NGOs und Verbände kennenzulernen – manchmal auf ein einmaliges Gespräch, aber oftmals als stetige Begleiter meiner Arbeit in den letzten vier Jahren. Als SPD haben wir viele Gesetze auf den Weg gebracht und ich bin stolz, meinen Beitrag an der einen und anderen Stelle geleistet zu haben. Auch meine erste Plenarrede werde ich niemals vergessen, vor allem weil es sicherlich die erste Rede eines Hafenfacharbeiters zum Thema Neonikotinoide war. Eine Sache war und ist mir aber bis heute eine Herzensangelegenheit: Der Denkort Bunker Valentin. Das gigantische Monument nationalsozialistischen Größenwahns im äußersten Norden Bremens übt auf mich seit meinem ersten Besuch eine beklemmende Faszination aus und für mich ist es heute – wo Vogelschiss-Faschisten wieder in unseren Parlamenten sitzen und eine „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“-Mentalität sich im Land ausbreitet – wichtiger denn je, an die dunkelste Stunde unserer Geschichte zu erinnern. Die historische Aufarbeitung der Geschichte des Bunkers Valentin begann sehr spät, in den letzten Jahren dafür umso intensiver. Hierüber bin ich sehr froh und bei jedem Besuch am Denkort Bunker

Valentin bin ich erschrocken und bedrückt, über die immer neuen historischen Erkenntnisse und persönlichen Berichte von Zwangsarbeitern und deren Hinterbliebenen.

Wie gesagt, der Umgang mit dem Bunker Valentin – als Ort des Massenmordes, der greifbaren nationalsozialistischen Gigantomanie und Realitätsverweigerung – war über viele Jahrzehnte beschämend. Umso mehr bin ich froh, dass der Bunker Valentin heute als Denkort informiert und aufklärt und ich bin stolz, dass es gelungen ist, die Landeszentrale für politische Bildung finanziell zu entlasten, damit die Gelder der Landeszentrale in die historische Aufarbeitung und Aufklärung fließen können.

Als ich zu Beginn der Legislaturperiode in Gesprächen vor Ort erfuhr, dass die Landeszentrale eine jährliche Pachtzahlung in sechsstelliger Höhe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben entrichten musste, war ich zuerst ungläubig und dann erschrocken. Schnellstmöglich haben ich und mein Team uns daran gemacht, diesen Zustand abzustellen. Nach vielen E-Mails und unzähligen Gesprächen und Telefonaten, sowie mit einer gesunden Prise Hartnäckigkeit ist es uns gelungen, den Denkort Bunker Valentin in die Liste jener Liegenschaften aufzunehmen, die einen Ausnahmetatbestand erfüllen und deshalb keine Pachtzahlungen leisten müssen, ähnlich der Topografie des Terrors in Berlin.

Auch wenn dieser Einsatz nicht das mediale Echo, wie zum Beispiel die Bundeszahlungen an das Deutsche Schifffahrtsmuseum ausgelöst hat, ist es ein gutes Beispiel dafür, wie ich meine Rolle als Bundestagsabgeordneter aus Bremen in Berlin interpretiere: Es geht darum, vor Ort Handlungsspielräume zu schaffen – in diesem Fall schafft der Wegfall der Pachtzahlung die Möglichkeit, die wichtige Bildungsarbeit am Standort zu intensivieren und auszubauen. Deswegen werde ich mich weiter dafür einsetzen, dass der Denkort Bunker Valentin die bundespolitische Einordnung erfährt, die er verdient – aus vollster Überzeugung. ■



FOTO: KEVIN LENKERT

